

Der Stadttler

Nr. 88 / Dezember 2006

Das Magazin der Groß-Enzersdorfer Volkspartei



FunktionärInnen und Mandatäre der ÖVP Groß-Enzersdorf wünschen frohe Weihnachten und alles Gute im Jahr 2007.

Gebührenerhöhung fix!

Der Gemeinderat beschloss bei der kürzlich abgehaltenen Sitzung eine von der SPÖ-Mehrheit geforderte „Anpassung der Kanalgebühr“, um den „Kostendeckungsgrad der Abwasserbeseitigung zu erhöhen“. Der neue Einheitssatz (pro m² Bemessungsfläche) beträgt ab sofort 2,40 Euro (ein Plus von ca. 10 Prozent). Eine beachtliche Erhöhung und somit Belastung für jeden einzelnen Haushalt, wenn man bedenkt, dass es durch klare Managementfehler in der

Stadtverwaltung bisher zu keinen kostengünstigeren Lösungen für eine Abwasserbeseitigung gekommen ist. Ebenfalls mussten die gewählten Mandatäre im Gemeinderat unter anderem auch über den Verkauf des im Besitz der Stadt befindlichen Objektes Rathausstraße 9 (Gasthaus und Wohnungen) abstimmen, wobei der Preis von einem Gutachter mit 290.000 Euro geschätzt wurde. Für die ÖVP-Fraktion ist das ein komplett falscher Weg: Denn die Stadt-

verwaltung hat mit den Geldern der Steuerzahler dieses Gebäude in den vergangenen Jahren mit enormem Aufwand renoviert. Daher wäre es bei einem Käuferinteresse sinnvoller gewesen, den Verkauf öffentlich auszuschreiben und letztendlich an den Bestbieter zu veräußern.

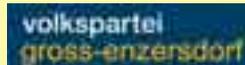
Für die ÖVP ist es ein weiteres Zeichen für falsche Bilanzpolitik, wenn erst auf Kosten der Bürger saniert wird und dann rasch an einen Interessenten verkauft wird.

Kommentar

Ich habe gegen eine Erhöhung der Kanalgebühr gestimmt. Denn ich bin überzeugt, dass es in nicht langer Zeit zu weiteren Belastungen für die Bürger kommen wird. Wie sich herausstellt, erweist sich die städtische Kläranlage als „Fass ohne Boden“. Vielmehr hätte sich die SPÖ-Mehrheit zur Schonung der Geldbörsen aller Mitbürger schon viel früher dazu entschließen sollen, nachhaltige Lösungen zu suchen (und zu finden). Dadurch hätte die Möglichkeit bestanden, die Instandhaltung besser zu planen bzw. auf die Schultern von mehreren Trägern aufzuteilen. Zahlreiche Gemeinden im gesamten Land sind diesen Weg gegangen und haben es bis heute nicht bereut. Auch das wäre ein konsequenter Richtungswechsel zu einer grundlegenden Sanierung des Gemeindehaushaltes. Aber die SPÖ-Vertreter belasten lieber die Gemeindebürger ...

Peter Cepuder

*Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch
in das Jahr 2007 wünschen*



Die Volkspartei Groß-Enzersdorf ist auch im Internet unter <http://www.DerStadttler.at> abrufbar! Sie können nicht nur Informationen über Veranstaltungen und Aktuelles aus der Gemeinde abfragen, sondern uns auch via e-mail Wünsche, Anliegen und Anregungen mitteilen.

walter.mayr@noeaab.at

ing.skaravela@vienna.at

winkler@wpk.at

peter.cepuder@aon.at

Leider nur drei Monate für Anruf-Sammeltaxi



Peter Cepuder und Thomas Pelikan: „Ein Anruf-Sammeltaxi wäre als Ergänzung im öffentlichen Verkehr immens wichtig.“

Die ÖVP-Fraktion trat schon vor mehr als einem Jahr für die Schaffung eines Anruf-Sammeltaxis (AST) für die gesamte Großgemeinde ein. Endlich wurde dieses Projekt nun auch vom zuständigen SPÖ-Stadtrat angekündigt. ÖVP-Stadtparteiobmann Peter Cepuder: „Dieses öffentliche Verkehrsangebot wäre für eine unkomplizierte Verbindung zwischen Gemeinden und Stadt von großem Vorteil.“

Nicht nur den älteren Generationen stünde damit eine preisgünstige Fahrmöglichkeit im gesamten Gemeindegebiet zur Verfügung.

Auch für die Jugend sei ein Anruf-Sammeltaxi (AST) in der Großgemeinde ein ä-

berst wichtiges öffentliches Verkehrsmittel, so VP-Jugendsprecher Thomas Pelikan. Ihm liegt das Projekt besonders am Herzen: „Als Ergänzung zum traditionellen Verkehrsmittel Bus ist ein Anruf-Sammeltaxi für die Jugendlichen unerlässlich. Damit ist gewährleistet, dass die Jugend sicher von zu Hause zu diversen Veranstaltungen und retour kommt. Auch für die Eltern bedeutet das ruhigere Stunden“, so Pelikan. Nach einem Beschluss im Gemeinderat soll Groß-Enzersdorf lediglich vom März bis Ende Mai 2007 an einem Probetrieb teilnehmen. Die geforderten Leistungen werden vom Land NÖ ausgeschrieben.



Der „Adventtreff im Stadtpark“ startete am 1. Dezember.



Der „Adventtreff“ wurde ein voller Erfolg.



Vereine und Organisationen sorgten für vorweihnachtliche Köstlichkeiten.



An drei Wochenenden wurde zum geselligen Beisammensein geladen.



Gemeindeparteiobmann Michael Rauscher ist Vorsitzender im Prüfungsausschuss des Gemeinderates. „Dabei haben wir keinen Einfluss auf die Budgetgestaltung. Wir überprüfen jene geschäftlichen Vorgänge der Stadtverwaltung, die in einem jeweils begrenzten Zeitraum getätigt wurden“, so der ÖVP-Funktionär.

Bürger sollen bei Gesundheit mitreden

VP-Gesundheitsstadtrat Peter Cepuder wünscht sich mehr Möglichkeiten zur freiwilligen Gesundheitsvorsorge für die Mitbürger in der Großgemeinde. Seit mehreren Jahren bietet das „Gesundheitsforum NÖ“ dabei fachmännische Beratung, Hilfe bei der organisatorischen Umsetzung und sogar finanzielle Zuschüsse für Veranstaltungen an, die von engagierten Personen aus der Gemeinde vor Ort für mehr Gesundheitsbewusstsein durchgeführt werden. Die Förde-

rungen solcher Maßnahmen betragen schon im ersten Jahr bis zu 40 Prozent des Aufwandes. Dazu ist allerdings ein Beitritt zu den „Gesunden Gemeinden“ erforderlich, der mit einem Gemeinderatsbeschluss verbunden ist. Das „Gesundheitsforum NÖ“ schlägt bei einer Beteiligung den Gemeinden vor, pro Einwohner einen Euro für die Umsetzung beizuschließen. Mit der Forderung, einen Teil der kürzlich refundierten Mittel aus dem Fonds für Krankenanstalten-Finanzie-

rung in Höhe von rund 230.000 Euro auszustatten, ist wie erwartet schon auf taube Ohren bei den SPÖ-Vertretern gestoßen: „Das Geld müsse für Löcher im Budget verwendet werden“, lautete die sinngemäße Antwort auf eine Anfrage von Cepuder. Für die rund 8000 Einwohner hätte davon lediglich ein kleiner Beitrag heuer schon zur Verfügung gestellt werden können. Ein Antrag von Peter Cepuder im Stadtrat wurde an den Ausschuss verwie-

Fluglärm

VP-Gesundheitsstadtrat Peter Cepuder bemängelt die Informationspolitik der SPÖ bezüglich „Fluglärm“ über dem Gemeindegebiet. Ein diesbezüglicher Zeitungsartikel hat Bürgermeister Rainer Hübl veranlasst, dem ÖVP-Mandatar vorzuwerfen, er bringe „Unruhe unter die Bevölkerung“. Im Juni 2005 hatte die SPÖ-Mehrheit in Groß-Enzersdorf im Gemeinderat das Ergebnis des Mediationsverfahrens vorgelegt und mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. Darüber hinaus warf Hübl dem Gesundheitsstadtrat „lückenhaftes Gedächtnis“ vor, da die ÖVP ja der Vereinbarung zugestimmt habe. Aber darum geht es gar nicht. Cepuder: „Selbstverständlich haben wir so einer Lösung der Probleme eine Zustimmung gegeben. Jetzt geht es aber um die laufenden Informationen für die Groß-Enzersdorfer. Und da scheint es schwere Mängel zu geben. Denn ich werde immer häufiger darauf angesprochen, dass man darüber nichts erfährt. Dieser Verantwortung können sich die SPÖ-Granden nicht entziehen“, so Cepuder. Im so genannten Mediationsverfahren (an dem sich insgesamt 55 verschiedene Parteien wie der Flughafen, Länder, Bürgerinitiativen und Anrainergemeinden beteiligten) wurde ein Kompromiss ausgehandelt, der sich u. a. mit der Lage der neuen dritten Startbahn und einer Regelung der Nachtflüge befasst. Um nach dem Mediationsverfahren weiterhin zwischen dem Flughafen Wien und den Anrainergemeinden kommunizieren zu können, wurde das „Dialog Forum – Flughafen Wien“ ins Leben gerufen. Und dort sitzt Vizebgm. Hegendorfer regelmäßig als Vertreter der Stadt dabei. „Es ist ganz einfach: Hegendorfer soll der Bevölkerung sagen, was er dort macht“, fordert Cepuder.

Zahlreiche Gemeinden für Nordost-Umfahrung

Bei einer der nächsten Gemeinderatssitzungen wird eine Resolution eingebracht, die an den Verkehrsminister, an LH Pröll, an LH Bgm. Häupl und die im Parlament vertretenen Parteien gesendet werden soll. U. a. soll es darin (sinngemäß) heißen: „Ein Grund für das nahezu tägliche Zusammenbrechen des Individualverkehrs in Wien ist laut Expertenmeinung auch darin zu sehen,

dass der internationale Transitverkehr mangels Alternativen nach wie vor auf der Wiener Südosttangente durch die Großstadt geführt wird. Mit der Nordost-Umfahrung (und in weiterer Folge den Ring um Wien) würde sich die Möglichkeit bieten, die Stadtrouten zu entlasten und damit für Pendler eine Verkürzung der täglichen Fahrtzeiten zu erreichen. Man bekenne sich zu

rechtsstaatlichen Prinzipien und hat auch allerhöchstes Interesse daran, dass die Nordost-Umfahrung mit der größtmöglichen Schonung der Natur verwirklicht wird. Deshalb erscheint es auch unerlässlich, dass Bürgerinitiativen in das Bewilligungsverfahren eingebunden werden. Dies ist auch in der österreichischen Rechtsordnung vorgesehen. Vertreter des Gemeinderates haben aber

kein Einsehen, wenn sich Bürgerinitiativen außerhalb des Rechts stellen, um ein ordentliches Bewilligungsverfahren mit den dazu notwendigen Schritten wie z. B. Probebohrungen von vornherein zu verhindern. Weiters sind im Gemeinderat vertretene Fraktionen der Ansicht, dass die derzeit in der Lobau campierenden Menschen keineswegs die Mehrheitsmeinung innerhalb der Gemeinde vertreten. Daher seien entscheidungsbefugte Verantwortliche aufgerufen, sowohl die Nordost-Umfahrung als auch die Marchfeld-Schnellstraße zügig voranzutreiben“.



Ball der Groß-Enzersdorfer Volkspartei

Samstag, 20. Jänner 2007
20 Uhr

Hotel am Sachsengang

Tischreservierungen ab sofort unter 0676/905 74 01



Kindermaskenball

Sonntag,
14. Jänner 2007
14 bis 17 Uhr
Stadtsaal

